



26.10.2021

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

am 26. September hat Deutschland einen neuen Bundestag gewählt. Am Dienstag hat sich der neue Bundestag konstituiert und damit die Arbeit in der 20. Wahlperiode aufgenommen. Ich bin sehr dankbar für das Vertrauen, dass die Wählerinnen und Wähler in mich gesetzt haben und dafür, dass ich weiterhin dem Deutschen Bundestag angehören darf. Das erste Mal seit 16 Jahren wird der Wahlkreis wieder von einer Sozialdemokratin direkt in Berlin vertreten. Das erfüllt mich mit Stolz, vor allem aber mit Demut. **Gerade als einzige Bundestagsabgeordnete im Lahn-Dill-Kreis, Biebental und Wettenberg ist es mir wichtig, alle Menschen in Berlin zu vertreten und für alle ansprechbar zu sein.** Gute Politik entsteht nur im Kontakt mit denen, die sie betrifft. Über mein Büro bin ich jederzeit bei Fragen oder Anregungen erreichbar.

Dr. Annemarie Renger war 1972 die erste weibliche Bundestagspräsidentin, weil sie sich selbst ins Spiel gebracht hat, wie sie danach bekannt gab. Ihr folgte erst 1988 Prof. Dr. Rita Süßmuth als zweite Frau im Amt der Bundestagspräsidentin. Ich freue mich umso mehr darüber, dass wir mit Bärbel Bas eine sozialdemokratische Bundestagspräsidentin mit überwältigender Mehrheit gewählt haben. In Ihrer Rede sagte Sie: "Ich habe mich nicht selbst ins Spiel gebracht, aber ich habe zum richtigen Zeitpunkt ja gesagt." Wir müssen endlich dafür Sorge tragen, dass es normal ist, dass Frauen die Hälfte in Ämtern und Vorständen stellen. Auch als Stellvertreterin hat die SPD eine Frau nominiert und mit Aydan Özoğuz wurde zum ersten Mal eine Frau mit migrantischer Familiengeschichte gewählt. **Ich gratuliere beiden sehr herzlich und wünsche beiden viel Glück und Geschick bei ihrer neuen Aufgabe!**



Am 25. November endet die aktuelle Feststellung der epidemischen Lage. Die Parteien der Ampel sehen aufgrund des Impffortschritts und der medizinischen Kapazitäten keine Notwendigkeit, diese weitreichenden Grundrechtseingriffe weiterhin aufrecht zu erhalten. Deshalb haben wir uns gemeinsam mit Grünen und FDP geeinigt, ein Gesetzgebungsverfahren auf den Weg zu bringen, damit die Bundesländer trotzdem bestehende Maßnahmen, wie die Maskenpflicht oder 3G-Regelungen, die weiterhin für den Infektionsschutz wichtig sind, beibehalten können. Es bleibt dabei, dass die Länder für die konkreten Maßnahmen zuständig sind. Weitreichende Grundrechtsbeschränkungen wie Ausgangssperren oder die (Teil-) Lockdowns wird es nicht mehr geben. Zudem werden wir die Ausweitung der Kinderkrankentage, den vereinfachten Zugang zur Grundsicherung sowie die Arbeitsschutzverordnung verlängern. Voraussichtlich in der nächsten Sitzungswoche, rechtzeitig vor dem Auslaufen am 25. November werden wir die Rechtsgrundlage

im Bundestag auf den Weg bringen. Gerade die steigenden Infektionszahlen mahnen zur Vorsicht. Der einzige Weg zur Normalität ist und bleibt eine hohe Impfquote, wie andere Länder zeigen.

In dieser Woche sind die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP gestartet. Nach seriösen Sondierungsgesprächen haben sich alle drei Parteien für Koalitionsverhandlungen ausgesprochen. Ich bin froh, dass wir schon im Sondierungspapier unsere zentralen Punkte wie die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro und die Einführung einer Kindergrundsicherung einigen konnten. [\(Hier gibt es das Sondierungspapier\)](#)

Gemeinsam mit Grünen und Liberalen gilt es nun die konkrete Umsetzung zu verhandeln. Als Leiterin der Arbeitsgruppe 9 verhandle ich in den nächsten Wochen mit meinen Kolleginnen und Kollegen die Bereiche des Sozialstaats, der Rente und der Grundsicherung. **Ich freue mich sehr auf diese Aufgabe und bin überzeugt davon, dass wir ein gutes Ergebnis erzielen werden, damit am 06.12. Olaf Scholz vom Bundestag zum neuen Bundeskanzler gewählt werden kann.**

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB